



Dokumentation zum Workshop

FORSCHUNGSKOMMUNIKATION UNTER DEM DRUCK DER PR

am 5. und 6. Oktober 2015 in Hannover

Gesprächskreis IV: Wissenschaft und Gesellschaft/Partizipation

Moderation: **Jan-Martin Wiarda**, Wissenschaftsjournalist; **Statements: Johannes Vogel**, Generaldirektor Museum für Naturkunde, Berlin; **Christoph Markschies**, Vizepräsident der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Beschreibung: Hinter dem Buzzword „Partizipation“ steckt die Vorstellung eines informierten, mündigen Bürgers, der möglichst direkt an Entscheidungen beteiligt werden will, die ihn betreffen. Auch von der Wissenschaft fordern Bürgerinitiativen und engagierte Einzelpersonen eine stärkere Öffnung, sei es in Form von mehr Transparenz (Stichwort Drittmittel), Mitmach-Forschungsprojekten (Stichwort Citizen Science) oder – ganz allgemein – in der Entscheidung über Forschungsgegenstände und -ziele. Doch sind diese Forderungen mit dem Wesen von Wissenschaft vereinbar? Können Laien überhaupt so tief in eine Forschungslage eindringen, dass eine echte Partizipation möglich ist? Wenn Wissenschaftsorganisationen vom Bürgerdialog reden, ist dann nicht bloß Akzeptanzbeschaffung für risikoreiche Forschung gemeint? Beugt sich die Wissenschaft also nur scheinbar dem Druck und der Political Correctness, indem sie den Anschein von echter Partizipation aufbaut, die am Ende doch nur PR ist? Der Gesprächskreis soll die Möglichkeiten und Grenzen des Bürgerdialogs offen ausleuchten, ohne der Versuchung vermeintlich einfacher Antworten und des politisch Erwünschten zu erliegen. Wie und wo kann echte Partizipation gelingen, und wo sollten Wissenschaftler(innen) lieber die Finger von ihr lassen?

Protokoll zu Arbeitskreis IV:

Jan-Martin Wiarda stellte folgende Leitfragen als Rahmen für die Statements vor:

1. Was verstehen Sie unter Partizipation von Bürgern an und in der Wissenschaft? Was sind die Möglichkeiten?
2. Ist Bürgermitbestimmung mit dem Wesen und dem verfassungsrechtlichen Schutz von Wissenschaft überhaupt vereinbar? Wenn ja, wo liegen die Grenzen?
3. Wie stark ist der Druck der Political Correctness bei diesem Thema?
4. Will Wissenschaft wirklich Partizipation, oder gaukelt sie sie nur vor? Wenn ja, an welchen Stellen und warum?
5. Ist Partizipation nur eine neue Mode für etwas, was es schon lange/immer in der Wissenschaft gab?

Christoph Markschies verwies in seinem Statement zunächst auf unterschiedliche „Partizipationsklassen“: Partizipation könne von bloßer Information bis zur (Handlungs-)Ermächtigung reichen. Er warnte davor, dass Partizipation als eine neue Form des Lobbyismus genutzt werden könne und stellte auch die Frage nach der Qualitätssicherung. Es gebe zwar traditionell sehr qualitätvolle Beteiligungen von Nicht-Wissenschaftlern wie in den Altertumsvereinen, aber z. B. im weiten Feld der

Online-Aktivitäten sei Qualität kaum zu kontrollieren und „die Szene“ bleibe auch manchmal intransparent oder gar anonym. Partizipation komme inzwischen in vielen Formen vor, inwieweit dies von einer doch eher „oligarchischen Wissenschaft“ begrüßt werde, sei die Frage. Vielfach sei auch zu beobachten, dass das „noch offene Feld Partizipation“ von der Wissenschaft noch nicht richtig wahrgenommen werde. Dabei erreiche Partizipation aktuell eine neue Qualität, gerade im Hinblick auf Agenda Setting, die eine Auseinandersetzung mit ihr dringend notwendig mache.

Johannes Vogel hatte das Ziel des „scientifically literate citizen“ vor Augen, der über die konkrete Beteiligung an wissenschaftlichen Projekten nicht nur Kenntnisse erwerbe und Beiträge leiste, sondern in der Folge dauerhaft Verständnis für Wissenschaft und ihre Prozesse habe. Die großen Herausforderungen und die Komplexität einer sich ständig verändernden Welt verlangten nach wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lösungen, die ohne ein besseres Verständnis zwischen beiden Sphären nicht zu leisten seien (Beispiele: Klima, Wasserproblematik, Ernährung). Wissensgesellschaft und Demokratie gehörten zusammen. Teilhabe von „Amateurwissenschaftlern“ sei in der Naturkunde gut möglich, aber auch in vielen anderen Disziplinen. Bei der Grundrechtsfrage der Wissenschaftsfreiheit müsse man beachten, dass sich die Rechte gegenseitig „abwägen“. Hinsichtlich der Political Correctness müsse gelten, dass alle Argumente vorgebracht werden könnten: „Es darf keine Maulkörbe geben.“ In Bezug auf Partizipation sei ein größerer Druck, aber auch ein entsprechender Wille der Wissenschaft zu beobachten: „Die Wissenschaft öffnet sich.“

In den Diskussionsbeiträgen wurde Partizipation nie grundsätzlich infrage gestellt, wenn auch kritische Stimmen laut wurden und sich viele offene Fragen ergaben. Tenor war vielmehr, dass sich Wissenschaft als Teil der Gesellschaft an der allgemeinen Tendenz zu mehr Partizipation beteiligen müsse. Es sei wichtig, dass es „zur Öffnung eines Prozesses kommt, der hochgradig intransparent ist“. Es gehe dabei auch um das Selbstverständnis und die Verantwortung des Wissenschaftlers. Die Politikfrage nicht mehr, ob Bürgerbeteiligung an Wissenschaft möglich und sinnvoll sei, die Frage laute, wie sie gestaltet werden könne. „Der Bürger steht schon in der Tür“, wurde festgestellt, und dass die Nutzung „der Kräfte aus der Gesellschaft“ eine „Win-win-Situation“ bedeute. Zugleich wurde davor gewarnt, dass Gesellschaft und Politik bei einzelnen Fragen gegen die Wissenschaft agieren könnten, wenn sich diese nicht selbst einbringe. Der Qualitätsbegriff dürfe „nicht als Mauer eingesetzt“ werden.

Als kritische Argumente wurden vorgebracht, dass es auch beim nicht organisierten Bürgerengagement selten wertfreies Interesse gebe und daraus Lobbyismus entstehen könne. Die Abfrage von Wunschthemen aus der Gesellschaft berge die Gefahr einer „Verzweckung der Forschung“; gesellschaftliche Relevanz sei wichtig, gehöre aber nicht mit in die Qualitätsdefinition.

Engagierte Beiträge gab es auch zu den Grenzen der Beteiligung. Am Beispiel der Einbindung von Ehrenamtlichen in die Arbeit der Landesdenkmalämter wurde deutlich gemacht, dass dies zu einer nicht mehr leistbaren Mehrarbeit führen kann. Andererseits kam zur Sprache, dass vieles nicht ohne Mitarbeit von Laien denkbar sei.

Offen blieben sehr unterschiedliche Fragen, etwa wie bildungsferne Personen für eine Beteiligung zu gewinnen seien oder wie es der Wissenschaft gelingen könne, bei der „Machtfrage Agenda Setting“ nicht zum Spielball widerstreitender Interessen zu werden. Es wurde davor gewarnt, den Anspruch eines „broader impact“ an alle wissenschaftlichen Vorhaben zu stellen (Beispiel Österreich, wo z. T. ohne Partizipationsanteil keine Förderung erfolge). Es müsse beachtet werden, dass sich keine „Interessen einschleichen, die wissenschaftlichen Prinzipien zuwider laufen“; wünschenswert seien Institutionen, die die Autonomie der Wissenschaft im Auge behielten.

„Unterschiedliche Interessen sind ein Bestandteil der Demokratie“, und „Vertrauen muss man erwerben“ waren zwei Statements, die wieder zur Verantwortung der Wissenschaftler als Teil der

Gesellschaft zurückführten. Und schließlich wurde auch Emotion als Argument pro Partizipation eingesetzt: „Die Wissenschaft sollte sich freuen, dass die Öffentlichkeit mehr mit ihr zu tun haben will.“

In seiner Zusammenfassung für das Plenum setzte Jan Martin Wiarda folgende Schwerpunkte:

1. Partizipation in der Wissenschaft sei ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Partizipation.
2. Es müsse unterschieden werden zwischen Citizen Science und Agenda Setting.
3. Ebenso müssten die Unterschiede in den Disziplinen berücksichtigt werden: Es könne kein pauschales „die Wissenschaft sollte...“ geben.
4. Bürgerbeteiligung sei auch notwendig, um einem Vertrauensverlust in die Wissenschaft entgegenzuwirken.
5. Das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit dürfe nicht absolut gesetzt werden.
6. Es müsse bedacht werden, dass Transparenz und Partizipation mit abgesicherter Qualität die Wissenschaftler viel Zeit und Kraft kosten; ein Ausgleich dafür müsse eingeplant werden.

Weitere Informationen finden Sie unter www.volkswagenstiftung.de/wowk15